

Produktplan 2006 (Kreishaushalt)

KT 27.03.06

Thomas Förderer, Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion Olpe

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

So langsam gewöhnen wir uns an das Wort „Produktplan“, aber dass es dabei um den Kreishaushalt mit einem Volumen von knapp 115 Mio. € im Verwaltungshaushalt und gut 8 Mio. € im Vermögenshaushalt geht, muss man schon noch dazu sagen, damit jeder weiß, worum es geht. Doch das Signal nach außen, dass der Kreis nicht nur Geld kostet, sondern auch Produkte liefert, ist gut und wichtig.

Es geht um viel Geld und die Rahmenbedingungen sind nicht gut. Etliche Ausgabenbelastungen und Haushaltsrisiken werden uns von außen beschert:

- Hartz IV mit noch immer schwer kalkulierbaren Ausgaben und Entwicklungen.
 - Kürzung des Bundes beim ÖPNV (Regionalisierungsmittel) in Höhe von 3,3 Mrd. €.
- Kürzungen des Landes mit Auswirkungen auf kommunale Haushalte:
- Erheblich weniger Mittel für die Kindertageseinrichtungen (104, 5 Mio. €).
 - Einsparungen bei den Schülerfahrtkosten (27,4 Mio. €).
 - Kürzungen beim Landesjugendplan (75,1 Mio. €).
 - Kürzungen bei der Familienbildung und –beratung mit dem Schwerpunkt Erziehungsberatung (6,3 Mio. €).
 - Die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen werden um 12,9 Mio. € gekürzt.
 - Die Frauenhäuser müssen mit 30% Kürzung rechnen (3,5 Mio. €).
 - Beim Vereins- und Verbandssport werden 1,5 Mio. € für Übungsleiterpauschalen gekürzt.
 - Die Mittelstandsinitiativen GO und MOVE werden um fast 70% gekürzt.

Das sind nur einige Punkte, die aber deutlich zeigen, dass Kostenverlagerungen in kommunale Haushalte oder die Gefährdung vieler Dienste und Einrichtungen die Folge sein werden.

Eins regt mich besonders auf: das Land will den Elterbeitragsdefizitausgleich bei den Tageseinrichtungen für Kinder nicht mehr zahlen. Mögliche Erhöhungen der Elternbeiträge werden den Kommunen in die Schuhe geschoben, denn **wir** sollen schon ab Juli d.J. die Elternbeiträge festsetzen und dann zusehen, wie wir das Defizit ausgleichen. Minister Laschet spricht von einer „neuen Freiheit für die Kommunen“. Das ist zynisch.

Wenn das Land schon tiefgreifende Einschnitte macht, dann sollen sie auch dafür gerade stehen und nicht versuchen, die Verantwortung auf die Kommunen abzuwälzen.

Es ist auch vorgesehen, dass ermäßigte Geschwisterbeiträge erhoben werden können, wenn ein Kind eine Offene Ganztagschule besucht. Wie das auf die Schnelle realisiert werden soll, ist uns schleierhaft, wenn –wie bei uns- der Schulträger die Stadt und der Jugendamtsträger der Kreis ist.

Es nutzt aber nichts zu jammern, was an Ungemach von außen auf uns zu kommt – wir müssen das Beste unter den gegebenen Rahmenbedingungen machen. Das ist unsere Aufgabe und der haben wir uns zu stellen.

Erfreulicherweise ist die Steuerkraft der Städte und Gemeinden gestiegen und würde uns eine Mehreinnahme von ca. 3,3 Mio. € bescheren, ohne dass wir den Umlagesatz erhöhen müssten.

Dieser schöne Mitnahmeeffekt resultiert aus den höheren Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden.

An dieser Stelle sei deutlich gesagt, wie wichtig eine gesunde und florierende Wirtschaft für die Kommunen ist. Eine gute Sozialpolitik ist nur mit Geld möglich, das nicht zuletzt aus einer starken Wirtschaft kommt. Ebenso deutlich sagen wir, dass die Gewerbesteuer den Kommunen erhalten bleiben muss.

Unser wesentlicher Kritikpunkt ist, dass dem Kreis diese Mehreinnahme in Höhe von 3,3 Mio. € bei gleichbleibendem Hebesatz nicht ausreicht. Er will 5,7 Mio. € mehr als Kreisumlage erheben als noch im Jahre 2005. Damit steigt der Hebsatz von 48,65 % auf 50,55 % an. Das machen wir nicht mit!

Die Kommunen werden mit rund 1,5 Mio. € entlastet, da der Kreis ab diesem Jahr die Zuschüsse der Städte und Gemeinden an die Tageseinrichtungen für Kinder übernimmt. Dies berücksichtigt, würde der Kreis bei gleichbleibendem Hebesatz trotzdem immerhin noch 1,8 Mio. € mehr erhalten – bei dem neuen Hebsatz von über 50% gar 4,2 Mio. € mehr.

Wir sind der festen Überzeugung, dass bei ernsthaftem Sparwillen keine Hebesatzerhöhung notwendig wäre. Die ständige Wiederholung, dass der Kreis doch spare, wo er könne, überzeugt uns nicht ebenso wenig dass der Kreishaushalt „auf Kante genäht sei“. Fakt ist, dass gegenüber der in 2005 geplanten Kreisumlage rund 600.000 € weniger verausgabt worden sind. Eine Million „Luft“ ist bei einem Haushalt von 115 Mio. € immer – aber diese kennt nur der Landrat und sein Kämmerer.

Wenn die CDU vor der letzten Kommunalwahl großzügig Kunstrasenplätze verschenkte, dann soll sie sich heute mal Gedanken darüber machen, wie wir aus diesem Film wieder heraus kommen.

Wenn in 2005 am Erhalt der Kreisstraßen gespart wurde, dann darf man sich heute und in den nächsten Jahren nicht wundern, dass höhere Kosten für die Kreisstraßen entstehen, als nötig gewesen wären.

Wenn man über Jahre im sozialen Bereich bei der Prävention spart, darf man sich über dauerhafte hohe Kosten bei den Pflichtaufgaben ebenfalls nicht wundern.

Wenn man Landesförderungen früher verschmähte, nur weil die Farbe der Regierung nicht gefiel, dann muss man heute schwarz sehen.

Wer in 2004 ganze 0 € für innerbetriebliche Verbesserungsvorschläge ausgegeben hat und in 2005 und 2006 dafür 500 € plant, darf sich über mangelnde Innovation nicht beschweren. Daran sind nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung schuld – das wehrt der Landrat persönlich ab, wie wir im letzten Jahr erfahren mussten. Wer seine Kompetenz in

diesem Bereich reklamiert, sollte dann aber auch etwas dafür tun. Was an dieser Stelle ausgegeben wird, entlastet den Kreis um ein Vielfaches.

Richtig ist die Verwendung von 3,7 Mio. € aus dem damaligen Aktienerlös der RWE-Gas-Aktien. Der Gesamterlös von seinerzeit 5,3 Mio. € wurde nicht, wie angedacht, in jährlichen Teilbeträgen zur Haushaltsdeckung eingesetzt. Dafür hatten wir geworben – und nicht zuletzt hat der politische Druck nun dazu geführt, dass dieser ansehnliche Betrag dem Haushalt zugeführt wird. Wenn die Haushalte der Städte und Gemeinden sehr angespannt sind, kann der Kreis sich keinen heimlichen Sparstrumpf leisten.

Zu LOGO –der Umstrukturierung der Kreisverwaltung und Neue Steuerung, die viel Geld gekostet hat und weiter Geld kosten wird- kann ich mich nur wiederholen: Wir haben nach wie vor den Eindruck, dass unser „größtes Kapital“ -das KnowHow der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter- zu wenig abgerufen wird und diese nicht so in den Logo-Prozess integriert sind, wie das wünschenswert und auch aus Akzeptanzgründen notwendig wäre.

Auch wenn der Kreis sparen muss, darf es nicht sein, dass Grundsicherungsempfängern Geld vorenthalten wird. Rechtswidrige Bescheide wurden vom Kreis nicht selbsttätig korrigiert. Mit juristischen Klimmzügen handelt man sich aus der Zahlungsverpflichtung. Das ist nicht anständig und hat mit Sparen nun wirklich nichts zu tun.

Die aufsuchende Jugendarbeit leistet einen wichtigen Dienst in der Jugendhilfe. Von Anfang an war uns der Schwerpunkt „Kriminalitätsprävention“ hierbei wichtig. Jahr für Jahr werden wir auch durch entsprechende Kriminalitätsstatistiken bestätigt. Jedoch sehen wir diese Schwerpunktsetzung bis heute nicht so, wie wir uns das wünschten.

Ich wage es, das Wort „Kultur“ auch in der heutigen Zeit in den Mund zu nehmen. „Es ist nie die richtige Zeit für Kultur“, sagte mal ein Kulturschaffender angesichts mangelnder Unterstützung durch öffentliche Kassen. Wir renovieren das Südsauerlandmuseum – dafür gibt es Vereinbarungen und Absprachen und auch von der Sache her ist diese Erhaltungsmaßnahme sinnvoll und notwendig.

Im Fachausschuss regten wir ein „Kulturbüro“ im Kreishaus an, das die örtlichen kulturellen Einrichtungen unterstützt und fördert. Dies könnte kostenneutral und ohne Stellenausweitung geschehen. Manchmal ist nur Organisationstalent und etwas guter Wille erforderlich.

Apropos „guter Wille“ – unsere Fraktion ist bereit, sich an der Auslotung von Sparpotentialen bei der Kreisverwaltung zu beteiligen. Hinsichtlich der Herausforderungen kommender Jahre sehen wir auch die Notwendigkeit, die Haushaltsentwicklung nicht nur jährlich zu beleuchten, sondern den Kreishaushalt mit seinen wesentlichen Aufgaben einer mittelfristigen Betrachtung zu unterwerfen. Sparen bedarf einer Planung, damit die Ergebnisse nicht anders ausfallen, als erwünscht. Dafür schlagen wir die Bildung eines Arbeitskreises vor.

Die CDU-Fraktion hatte schon vor langem angekündigt, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen – bei dieser Ankündigung ist es aber auch geblieben.

Vom Landrat hatten wir erwartet, dass er mit Ernsthaftigkeit und Fleiß alles versucht, um eine Hebesatzerhöhung zu vermeiden oder diese zumindest unter die magische Schwelle von 50% zu drücken. Ergebnis: leider Null-komma-nix.

Wenn die Verwaltung nicht mehr weiter weiß, bildet der Kreistag einen Arbeitskreis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.